

Antikriegstag 2016:

Die Waffen nieder!

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen. Seit 1957 erinnert der DGB am 1. September an die Schrecken des I. und II. Weltkriegs sowie an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus.

Unter der Überschrift "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" stellt der DGB-Bundesvorstand die Flüchtlinge und ihr Recht auf Solidarität in den Mittelpunkt seines bundesweiten Aufrufs zum Antikriegstag 2016.

Aus diesem bundesweiten Aufruf im Wortlaut:

"'Die Würde des Menschen ist unantastbar' ist die unumstößliche Lehre aus Faschismus und Krieg. Sie ist Verpflichtung und deshalb in Artikel 1 des Grundgesetzes und in Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert.

...

Viele Millionen Menschen sind heute weltweit Opfer von Kriegen und Bürgerkriegen, von politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung und suchen Schutz in anderen Regionen ihres Heimatlandes, in Nachbarländern oder auch in Industrieländern. Ihre Würde zu schützen ist uns Verpflichtung. Ihnen Schutz zu gewähren und Perspektiven zu eröffnen ist zugleich Herausforderung für die gesamte Gesellschaft."

So weit die Zitate aus dem Aufruf des DGB-Bundesvorstands zum Antikriegstag 2016.

Hier in Karlsruhe hat zum diesjährigen Antikriegstag der DGB ein Aktionsnetzwerk initiiert. Mit jeweils eigenen Aktionen im Stadtgebiet beteiligt sind DGB-Jugend, DFG-VK, VVN-Bund der Antifaschisten, Aktion Kollektiv Theatral, OTKM und Friedensbündnis Karlsruhe als Veranstalter dieser Kundgebung.

Die Kundgebung des Friedensbündnisses hat Tradition. Seit Jahrzehnten legen wir das Peace-Zeichen aus Blumen. Immer gibt es einen Redebeitrag des Friedensbündnisses.

Also alles wie immer am Antikriegstag 2016? Friedensbewegter Business as usual?

Friedensbewegte Routine darf es allein schon der Opfer wegen nicht bzw. nie geben. Es wäre eine zynische Verhöhnung aller Opfer der Bundeswehr, der NATO, der deutschen Rüstungsexporte, des Mangels an deutscher und europäischer Friedenspolitik insgesamt, hier und heute einfach nur ein Ritual zu veranstalten.

In den vergangenen 12 Monaten, seit dem letzten Antikriegstag, haben wieder unzählige Menschen ihr Leben oder ihre Gesundheit, Angehörige oder die Existenzgrundlage verloren, weil wir in Deutschland und in der Europäischen Union nicht hinbekommen, was wir uns als Motto vornehmen: "Von Deutschland und Europa muss Frieden ausgehen."

Andererseits ist die verbale Zuspitzung der Zustände und Risiken immer dann kontraproduktiv, wenn sie offensichtlich rein verbal, erfolgt. Im Gegensatz zu den Opfern

können wir uns raussuchen, ob und wie intensiv wir uns mit dem Krieg befassen, ob und was wir mit welcher Konsequenz gegen den Krieg bzw. die Kriege unternehmen.

Wir haben die Verantwortung uns zu fragen: Haben wir genug getan? Haben wir das Richtige getan? Was kennzeichnet die Lage am Antikriegstag 2016? Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus für unser zukünftiges Engagement?

Im Friedensbündnis gibt es keine gemeinsame Analyse und Beurteilung der Lage am Antikriegstag. Wir können deshalb nur einige Fakten benennen und Denkanstöße geben:

Dieser Antikriegstag 2016 findet in einem offiziell erklärten Krieg statt.

Da sagt nicht das Friedensbündnis, sondern die Oberkommandierende:

Auf ihrer aus Anlass der Anschläge vorgezogenen Pressekonferenz erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28. Juli 2016:

"Ich glaube, dass wir in einem Kampf, oder meinetwegen auch in einem Krieg, gegen den IS sind."

Eine im internationalen Vergleich atypisch unpathetische Kriegserklärung.

Pazifistinnen und Pazifisten, Antimilitaristinnen und Antimilitaristen, werden Frau Merkel nicht widersprechen. Ja, wir führen Krieg. Deutschland ist Kriegspartei auf mehreren Schauplätzen eines modernen asymmetrischen Krieges, in dem sich gegenüberstehen:

- Auf der einen Seite eine im konventionell-militärischen Sinn übermächtige Allianz aus High-Tech-Armeen in Out-of-Area-Einsätzen in Regionen, die zwar vielleicht aus abschiebungsrechtlichen Gründen zum sicheren Drittstaat erklärt werden, aber ansonsten den Einheimischen nur sehr begrenzte Sicherheit und Lebensperspektiven bieten können.
- Auf der anderen Seite mehr oder weniger armeerförmig organisierte Milizen, Gruppen sowie Einzeltäterinnen und Einzeltäter, die sich mit mit vergleichsweise Low-Tech-Mitteln gegenseitig bekriegen sowie die Besatzungsarmeen vor Ort kämpfen, so bzw. wo diese am Boden präsent sind und nicht nur aus der Luft agieren, die außerdem vereinzelt Anschläge in der Heimat der Besatzungsarmeen durchführen.

Dieser asymmetrische Krieg heißt Militäreinsatz, so lange nur Out-of-Area getötet und gestorben wird. Zum Krieg wird er durch Anschläge und zivile Opfer in der Heimat der Besatzungsarmeen, nicht nur in den USA 2001:

- 'Nous sommes en guerre' - übersetzt 'Wir sind im Krieg' verkündete der französische Präsident Hollande nach den Anschlägen vom November 2015 in Paris.
- "Meinetwegen sind wir im Krieg" erklärt dann auch Bundeskanzlerin Merkel nach dem Angriff in Würzburg und dem Anschlag in Ansbach im Juli 2016.

Mit diesem Übergang vom Militäreinsatz zum Krieg werden Initiativen legitimiert, die zu Friedenszeiten undenkbar waren. Kaum heißt der Krieg auch in Deutschland offiziell Krieg, kommen von allen Seiten Vorschläge für sog. Sicherheitspakete, für den Einsatz der Bundeswehr im Innern oder die Ausweitung der Aufgaben der Geheimdienste.

Der Antikriegstag 2016 findet in Zeiten eines offiziell so genannten Krieges statt und wir müssen uns davor hüten, diese neue Qualität zu unterschätzen, nur weil wir im Gegensatz zur Bundesregierung schon seit Jahren von Krieg sprechen.

Am Antikriegstag 2016 haben wir einen Erzfeind

Heute gibt es mit dem IS erstmals ein potenziell mehrheitsfähiges Feindbild. Gegen den IS ins Felde zu ziehen, auch um den Preis eigener Opfer, unter den Soldatinnen und Soldaten und unter der einheimischen Zivilbevölkerung, könnte mehrheitsfähig sein bzw. werden. Im heutigen Deutschland und im heutigen Europa.

Im Frankreich des Ausnahmezustands patrouilliert nicht nur das Militär auf Straßen und Plätzen. Es gibt auch einen patriotischen Ansturm auf die Rekrutierungsstellen der nationalen Reserve, zur Entlastung der im Dauereinsatz stehenden Sicherheitskräfte.

Im Großbritannien des Brexit werden nicht nur osteuropäische Arbeitsmigrierende angefeindet, es blüht auch eine militante Islamophobie, die Zahl der rassistischen Angriffe hat dramatisch zugenommen.

Auch jenseits von Europa grassiert das entsprechende Gedankengut. Das US-Pendant zur Hetze von Marine Le Pen und Nigel Farage sind die Wahlkampf-Hits des Donald Trump: Die Mauer an der mexikanischen Grenze und der Einreisestopp für Muslime.

Ist ein unbestreitbar böser Erzfeind erst mal definiert, begründen sich Auf- bzw. Umrüstung sowie die Einschränkung von Grundrechten wie von selbst.

Es herrscht eine besondere Stimmung rund um den Antikriegstag 2016, in Deutschland und in Europa

Rechtes und ultrarechtes Gedankengut ist salonfähig und pressekonferenztauglich am Antikriegstag 2016. UKIP in Großbritannien, der Front National in Frankreich und in Deutschland die AfD erweitern den Horizont der öffentlichen Meinung nach rechts:

Zitat aus dem AfD Grundsatzprogramm:

"Wie steht es mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr? Eine Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen, die einzelne EU-Länder ohne vorherige Abstimmung begonnen haben, befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse."

So weit das Zitat aus dem AfD Grundsatzprogramm.

Die AfD hat das ebenfalls druckfrische Weißbuch Bundeswehr offensichtlich gelesen und sofort verstanden, dass der Umbau der Bundeswehr zur flexibel verwendbaren Interventionsarmee neue Möglichkeiten der Interessendurchsetzung eröffnen würde, wenn das Grundgesetz derlei Machtpolitik denn erlaubte.

Dass die AfD grundsatzprogrammatish so selbstverständlich mit der Option Krieg operiert, überrascht leider nicht wirklich.

Als Friedensbewegung konnten wir uns hierzulande jahrzehntelang darauf berufen, dass laut Meinungsumfragen die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen Krieg sehr grundsätzlich ablehnt. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen der beiden Weltkriege gab es einen sehr breiten und beileibe nicht nur humanistisch motivierten Konsens: Bloß keinen Krieg. Krieg ist kein Mittel der Politik, sondern deren Versagen.

In der Übergangsphase seit 1989 wurde aus 'Krieg ist kein Mittel der Politik' zunächst unter Berufung auf humanitäre Beistands- und Bündnisverpflichtungen 'Krieg ist das allerallerallerletzte Mittel der Politik'.

Ist aber das Werfen von Bomben, das Abfeuern von Raketen, der Drohneneinsatz und das Schießen erst mal in einigen Ausnahmefällen als legitim akzeptiert, kann und wird in einer Demokratie jede neue Situation auf die Verwendbarkeit dieser Option hin geprüft:

Ist das schon ein Fall für den Krieg? Argumentieren wir noch oder bomben wir schon?

Das klingt so abstrakt viel harmloser, als es dann politisch praktisch durchdekliniert wird:

Gibt es ein mit der Waffe durchzusetzendes deutsches oder europäisches Grundrecht auf bezahlbaren Sprit, sündhaft billige Unterhaltungselektronik und Wegwerfklamotten sowie für Durchschnittsverdienende bezahlbare Fernreisen?

Wer die Aussage hinter dieser Frage für überzeichnet hält, unterschätzt die Tragweite unserer Forderungen: Abrüstung statt Sozialabbau, Konversion statt Kriegsindustrie und eine Politik der zivilen Konfliktlösung stellen alles in Frage, was heute den Rahmen für unseren Alltag bestimmt.

Die Waffen nieder. Von Deutschland und Europa muss Frieden ausgehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.